

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus**

**Allgemeinverfügung
zum teilweisen Widerruf der Allgemeinverfügung zur befristeten teilweisen
Schließung des
Gymnasiums Burgstädt
in Burgstädt
im Zusammenhang mit der Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie**

Vom 10. Dezember 2021

Az. Z-5012/53/889-2021/52071

Aufgrund von § 49 Absatz 1 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 Satz 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist, erlässt das Sächsische Staatsministerium für Kultus folgende

Allgemeinverfügung:

1. Regelungsgegenstand der Allgemeinverfügung

Die folgende Allgemeinverfügung wird mit Wirkung zum 12. Dezember 2021 teilweise, nämlich hinsichtlich der Klasse 6b, widerrufen:

Allgemeinverfügung zur befristeten teilweisen Schließung des Gymnasiums Burgstädt in Burgstädt im Zusammenhang mit der Bekämpfung der SARS-CoV-2-Pandemie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus vom 7. Dezember 2021, Az.: Z-5012/53/889.

2. Bekanntgabe, Wirksam- und Unwirksamwerden der Allgemeinverfügung, Widerrufsvorbehalt

Als Tag der Bekanntgabe dieser Allgemeinverfügung wird hiermit der 12. Dezember 2021 bestimmt, an dem sie wirksam wird.

3. Möglichkeit der Einsichtnahme

Diese Allgemeinverfügung einschließlich ihrer vollständigen Begründung ist bei der Zentralstelle des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus, Carolaplatz 1, 01097 Dresden, montags bis freitags (mit Ausnahme gesetzlicher festgelegter Feiertage) in der Zeit von 9:00 Uhr bis 15:00 Uhr einsehbar.

4. Anordnung der sofortigen Vollziehung

Die sofortige Vollziehung der Nummern 1 bis 3 dieser Allgemeinverfügung wird hiermit angeordnet.

Begründung

Zu 1.:

Das aktuelle Infektionsgeschehen der Klasse 6b des Gymnasiums Burgstädt stellt sich wie folgt dar:

Am 6. Dezember 2021 wurden drei Schülerinnen und Schüler der Klasse 6b mit Schnelltest positiv auf das Coronavirus SARS-CoV-2 getestet.

Die Sachlage bezüglich des Infektionsgeschehens in Klasse 6b hat sich nach dem Erlass der Allgemeinverfügung vom 7. Dezember 2021, Az.: Z-5012/53/889, geändert.

Die aufgrund der positiven Schnelltestergebnisse durchgeführten PCR-Tests fielen bei zwei Kindern negativ aus. Der dritte PCR-Test ist mit Stand 10. Dezember 2021 noch ausstehend.

Es besteht aktuell nicht mehr die begründete Gefahr weiterer Coronavirusinfektionen bei Fortführung der Präsenzbeschulung der Klasse 6b ab dem 13. Dezember 2021, denn selbst bei positiver Bestätigung des PCR-Tests ist keine Gefahr weiterer Ansteckungen derzeit ersichtlich, die eine Schließung der Klasse 6b ab dem 13. Dezember 2021 rechtfertigen würden.

Die unter Ziffer 1. aufgeführte Allgemeinverfügung ist daher teilweise zu widerrufen.

Zu 2.:

Die Regelung legt den Tag der Bekanntgabe dieser Allgemeinverfügung auf den nächst zulässigen Termin fest, damit die unter Ziffer 1. angeordnete Maßnahme ihre Wirkung schnellstmöglich entfalten kann.

Zu 3.:

Die Regelung bestimmt, wo und wann Einsicht in den Originaltext dieser Allgemeinverfügung genommen werden kann.

Zu 4.:

Das Verwaltungsgericht Dresden hat entschieden, dass die aufschiebende Wirkung einer Anfechtungsklage gegen Allgemeinverfügungen wie die vorliegende nicht bereits kraft Gesetzes entfällt. Daher wird die sofortige Vollziehung, die sich bereits aus § 28 Absatz 3 in Verbindung mit § 16 Absatz 8 des Infektionsschutzgesetzes ergibt, vorsorglich nochmals ausdrücklich gemäß § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung angeordnet. Hiernach kann die sofortige Vollziehung von der die Allgemeinverfügung erlassenden Behörde angeordnet werden, wenn ausnahmsweise das Interesse daran, von der Allgemeinverfügung vorerst nicht betroffen zu werden, hinter dem öffentlichen Interesse an der sofortigen Vollziehbarkeit zurücktreten muss.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung liegt hier im öffentlichen Interesse, da das oben in der Begründung zu 1. dargestellte Infektionsgeschehen sofortiges Handeln erfordert. Andernfalls könnte sich die Gefahr weiterer Infektionen mit SARS-CoV-2 an der Schule mit den aus der Begründung zu 1. ersichtlichen Folgen ungebremst verwirklichen. Dieser Vorrang der Gefahrenabwehr entspricht auch der gesetzlichen Wertung in § 28 Absatz 3 in Verbindung mit § 16 Absatz 8 des Infektionsschutzgesetzes. Zudem wird die Abwehr von drohenden Nachteilen für Leben oder Gesundheit in § 80 Absatz 3 Satz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung ausdrücklich als Fallgruppe eines öffentlichen Interesses an der sofortigen Vollziehung benannt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe Klage beim örtlich zuständigen Verwaltungsgericht erhoben werden.

Örtlich zuständig ist das Verwaltungsgericht im Freistaat Sachsen, in dessen Bezirk der Beschwerverte seinen Sitz oder Wohnsitz hat:

- das Verwaltungsgericht Chemnitz, Zwickauer Straße 56, 09112 Chemnitz, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Chemnitz, dem Landkreis Mittelsachsen, dem Erzgebirgskreis, dem Vogtlandkreis oder dem Landkreis Zwickau;
- das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Dresden, dem Landkreis Görlitz, dem Landkreis Bautzen, dem Landkreis Meißen oder dem Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge;
- das Verwaltungsgericht Leipzig, Rathenaustraße 40, 04179 Leipzig, bei Sitz oder Wohnsitz in der Kreisfreien Stadt Leipzig, dem Landkreis Leipzig oder dem Landkreis Nordsachsen.

Für Beschwerde ohne Sitz oder Wohnsitz im Freistaat Sachsen ist das Verwaltungsgericht Dresden, Hans-Oster-Straße 4, 01099 Dresden, örtlich zuständig.

Dresden, den 10. Dezember 2021


Sächsisches Staatsministerium für Kultus
Herbert Wolff
Staatssekretär